Zeit der Exzesse

Das erste Jahrzehnt war von großen Krisen geprägt. Militante Islamisten attackierten New York, das Finanzsystem stürzte ab, dem Klima droht eine Katastrophe, die Demokratie verlor an Ansehen. Das alles summiert sich zu einem Debakel für den Westen. Für Hoffnung sorgt das Internet.

Ruinen des World Trade Center nach dem Anschlag am 11. September 2001

Börsenmakler an der New Yorker Wall Street am 16. September 2008

ALEX FUCHS / AFP (L.); SPENCER PLATT / GETTY IMAGES (R.); TIMOTHY A. CLARY / AFP (HINTERGR.)

Philipp Blom ist ein Mann, der sich mit Jahrhundertanfängen auskennt. Er sitzt im Café Korb in Wien, einem Ort, in dem die Zeit nicht wandert, sondern verharrt, und soll den Beginn des 21. Jahrhunderts mit dem Beginn des 20. Jahrhunderts vergleichen.

Blom hat ein wunderbares Buch geschrieben, „Der taumelnde Kontinent“, das von den Jahren 1900 bis 1914 in Europa handelt. Er beschreibt diese Jahre als nervöse Zeit. Das Tempo wurde erhöht, neue Erfindungen, vor allem Autos und das Telefon, verdichteten und beschleunigten das Leben. Viele Menschen hat das überfordert. „Neurasthenie“ wurde eine Modekrankheit. Heute würde man Burnout sagen.

Andererseits, erzählt Blom, war es eine Zeit der Hoffnungen, der Utopien. Die Menschen freuten sich auf die Zukunft, auf eine reichere, gerechtere, angenehmere Welt. Dann brach der große Krieg aus.

Blom sieht Parallelen und Unterschiede zu heute. Auch der Beginn des 21. Jahrhundert habe das Leben in einem großen Schub verdichtet und beschleunigt, ebenfalls durch neue Technik: das Internet, mehr noch die Kombination von Internet und Handy.

Der Unterschied sei, dass der Beginn dieses Jahrhunderts keine Hoffnung auf die Zukunft hervorgebracht habe. Blom sagt einen traurigen Satz: „Wir wollen keine Zukunft, wir wollen eine Gegenwart, die nicht mehr aufhört.“ Nicht, dass diese Gegenwart so schön sei. Die Menschen fürchteten, dass es noch schlimmer kommen könnte.

In drei Wochen gehen die nuller Jahre zu Ende, die Jahre 2000 bis 2009, das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, das erste Jahrzehnt des 3. Jahrtausends. Es war kein leises Hineingleiten in eine neue Epoche, es war ein Paukenschlag.

Diese Jahre waren Krisenjahre: 9/11-Krise, Klimakrise, Finanzkrise, Demokratiekrise. Das alles summierte sich zu einer Gesamtkrise des Westens. Schlimmer hätte es kaum kommen können.

Dabei hatte das neue Jahrzehnt mit großen Hoffnungen begonnen. Silvester 1999 wurde eine der größten Partys aller Zeiten. Das Geld saß locker, weil die New Economy, die Internetwirtschaft, neuen Wohlstand versprach. Die Deutschen, bis dahin Freunde des Sparbuchs, investierten plötzlich in Aktien, waren also optimistisch.

Das Allensbacher Institut für Demoskopie stellte Ende 1999 fest, dass 55 Prozent der Deutschen „mit Hoffnungen“ nach vorn blickten, nur 14 Prozent „mit Befürchtungen“.

Der Westen träumte nicht nur vom Wohlstand, sondern auch vom ewigen

Silvesterfeier 1999 in New York
Eine der größten Partys aller Zeiten

Frieden. Man glaubte immer noch Francis Fukuyama, der 1992, damals stellvertretender Chef des Planungsstabs im US-Außenministerium, geschrieben hatte: „Was wir jetzt erleben, ist nicht nur das Ende des Kalten Krieges oder das Ableben einer bestimmten Periode der Nachkriegsgeschichte, sondern das Ende der Geschichte als solcher. Wir haben das Ende der ideologischen Evolution der Menschheit erreicht. Die westliche liberale Demokratie hat sich als die finale, universell gültige Form einer menschlichen Regierungsform durchgesetzt."

Doch kaum hatte das neue Jahrzehnt begonnen, stürzte die New Economy ab, viele Aktien wurden wertlos. Dann, am 11. September 2001, krachten zwei entführte Passagierflugzeuge in das World Trade Center in New York. Radikale Islamisten waren die Täter. Es war das Ende vom Ende der Geschichte.

Das neue Jahrzehnt war damit auf dem Weg zum verlorenen Jahrzehnt, verloren für den Frieden, für neuen Wohlstand, für Fortschritte bei der Demokratisierung.

Ende 2002 schauten nur noch 31 Prozent der Deutschen hoffnungsvoll in die Zukunft. Ende 2008 waren es 34 Prozent.

Der international erfolgreichste Film dieser Dekade ist „Der Herr der Ringe", dritter Teil. Harry Potter ist die erfolgreichste Buchfigur. Das sind Kindergeschichten, die auch von Erwachsenen konsumiert werden. Man zieht sich zurück in eine infantile Welt, in der herzige Helden das Böse besiegen. Das moderne Märchen ist die Antwort auf eine ruppige Welt.

In der Realität des ersten Jahrzehnts kam das Böse nicht von Monstern, sondern vom Nachbarn, der es gar nicht böse meint. Sein Börseninvestment trug zur Finanzkrise bei, sein Geländewagen zur Klimakrise, seine Wahlenthaltung zur Demokratiekrise. Und sein Virus überträgt nun die Schweinegrippe. Die Harmlosen wurden zu den Tätern des Jahrzehnts, mit Ausnahme der Terroristen.

Zudem wurde klar, dass eigentlich jeder Nachbar von jedem ist. Erst zu Beginn des 21. Jahrhunderts lernten die Menschen, was Globalisierung wirklich bedeutet. Die chinesische Luftverschmutzung ist ein holländisches Problem. Der Zusammenbruch des amerikanischen Immobilienmarkts kann einen französischen Chemiearbeiter den Job kosten. In den unheimlichen Sphären des Himmels und der Finanzsysteme hängt alles mit allem zusammen.

Dieser Vernetzung entspricht das Zusammenwachsen der Menschheit durch Kommunikation. Das Handy ist immer dabei, damit auch das Internet. Über Twitter oder Skype pflegen gerade Jüngere weltweit dichte Freundesnetze. Wer Google aufruft, verfügt allerorten über fast das gesamte Menschheitswissen. Wer will, wird beinahe in Echtzeit über die Weltereignisse informiert. Und Ortskenntnis ist nicht mehr Privileg von Ortsansässigen. Mittels Navigator, Google Earth oder Umgebungsassistent ist jeder überall zu Hause.

Die Welt ist sehr klein geworden im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends, jeder ist nun Weltbürger, ob er auf der Schwäbischen Alb lebt oder in New York. Jeder kann überall von fast allem erreicht werden, von Nachrichten oder Liebesgrüßen, von den Folgen toxischer Finanzprodukte, den Folgen des Klimawandels oder von den menschlichen Bomben, die sich vom hinterletzten Winkel in Waziristan auf den Weg gemacht haben.

Das ist die Welt am Ende der ersten Dekade, eine Welt, die sich zusammengefügt hat aus vier schweren Krisen und einer technologischen Entwicklung, die Hoffnung macht.

Die 9/11-Krise

Im November 2001 saß Virginia DiChiara in ihrem Haus in Bloomfield, New Jersey, und musste sich dauernd kratzen. Sie kratzte sich die Arme, hart und tief, mit Händen, die schwarze Handschuhe trugen. Aber es half wenig, denn es juckt höllisch, wenn Brandwunden heilen.

Neun Wochen zuvor, am 11. September 2001, fuhr sie morgens mit dem Aufzug zu ihrem Büro im 101. Stock im Nordturm des World Trade Center. Dort arbeitete sie für Cantor Fitzgerald als Revisorin. Als sie im 78. Stock den Aufzug wechseln wollte, stand sie plötzlich vor einem Schleier brennenden Kerosins. Sie musste da durch.

30 Prozent ihrer Haut sind dabei verbrannt, an den Händen, an den Armen, im Gesicht, auf dem Rücken.

Virginia DiChiara hat Glück gehabt, dass sie spät dran war und nicht in ihrem Büro saß, als das Flugzeug einschlug. Im 101. Stock hat niemand überlebt. 677 Mitarbeiter von Cantor Fitzgerald sind ums Leben gekommen. „Ich habe viele Freunde verloren", sagte DiChiara im November 2001, und ihre Augen füllten sich mit Tränen.

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington war die westliche Weltmacht nicht mehr euphorisch, sondern traumatisiert. Von nun an beherrschte Amerikas Angst das Weltgeschehen. Ein Rechtsdozent und Senator aus Chicago, Barack Obama sein Name, sprach früh schon von der „Politik der Angst", die sich zur neuen Disziplin entwickelt habe. Mit

US-Truppen an der Grenze zum Irak 2003

Bombardierung von Bagdad 2003

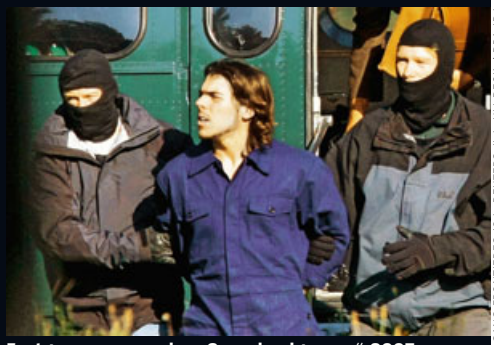
Kriegsherr Bush 2003

ERIC FEFERBERG / AFP (O.); RAMZI HAIDAR / AFP (L.); J. SCOTT APPLEWHITE / AP (R.)

Folgen des Attentats vom 11. September 2001: *Nach den Anschlägen auf das World Trade*

Gefangene Taliban 2002

Bombenexplosion in Madrid 2004



Festgenommener der „Sauerlandgruppe“ 2007

IMAGES SANS FRONTIERES (O.); REUTERS (L.); ULI DECK / DPA (R.)

Center und das Pentagon beherrschte Amerikas Angst das Weltgeschehen

ihrer Hilfe lasse sich durchsetzen, was früher undurchsetzbar war, sagte Obama. Er sagte es mit warnendem Unterton.

Nicht nur die Sicht der Bürger auf ihre Regierung hat sich seither verändert. Wichtiger noch ist, dass jede westliche Regierung seit den Terroranschlägen anders auf ihre Bürger schaut. Sie schaut besorgter und ängstlicher, zugleich misstrauischer und autoritärer.

Wer in den USA mit der Regierung nicht übereinstimmt, ist ihr verdächtig. Nie zuvor wurden dort so viele Menschen telefonisch überwacht wie in dieser Dekade.

In Deutschland schaute die rot-grüne Regierung jahrelang mit Frösteln nach Übersee. Zugleich aber beschloss sie neue Sicherheitsgesetze in dicken Paketen, Sicherheitspaket I, Sicherheitspaket II.

Otto Schily, selbst Anwalt und damals Innenminister, sprach vom „Grundrecht auf Sicherheit“. Wer es wagte, dem ein „Recht auf Anonymität“ entgegenzusetzen, wie der ehemalige Landesbeauftragte für Datenschutz in Schleswig Holstein, Helmut Bäumler, galt schon fast als Sonderling.

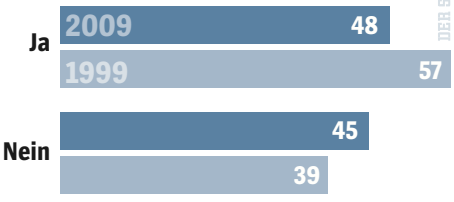
Für die staatlichen Sicherheitsapparate und die private Sicherheitsindustrie war das erste Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts keine verlorene Dekade, sondern ein großes Geschenk. Mit jedem Bombenanschlag und jedem Bekennervideo wuchs ihr Einfluss. Osama Bin Laden, der Chef der Terrororganisation al-Qaida, avancierte zu ihrem erfolgreichsten Lobbyisten.

In einer Welt der Unsicherheit sind staatliche wie private Sicherheitsexperten die neuen „Masters of the Universe“. Sie verkaufen das Gegengift zur Angst, zumindest ist das ihr Versprechen. Dass sie die Angst, die sie bekämpfen, zugleich schüren, ist ein womöglich nicht ganz zufälliger Nebeneffekt.

SPIEGEL-UMFRAGE
Supermacht USA

1999 2009

„Finden Sie, dass die USA als einzig verbliebene Supermacht zu arrogant und übermütig geworden ist?“



DER SPIEGEL

TNS Forschung am 1. und 2. Dezember 2009 sowie TNS Emnid vom 10. und 11. Dezember 1999, 1000 Befragte; Angaben in Prozent, an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

Der Alltag überall im Westen ist heute geprägt von aufwendigen, kostspieligen, zuweilen sinnlos anmutenden Sicherheitsüberprüfungen. Auch Deutschland hat es darin zu einer wahren Meisterschaft gebracht.

Jeden Tag werden an den deutschen Flughäfen mehr als 200 000 Passagiere gefilzt. Der Geist der „Vorbeugung“ mache jeden Bürger zum Verdächtigen, sagt der ehemalige Innenminister Gerhart Baum. Seine Nachfolger bezichtigt er, einem „Sicherheitswahn“ anheimgefallen zu sein. Den Bürgern wirft er Desinteresse vor, was die andere Seite als Ermunterung verstehe.

In vielen westlichen Hauptstädten hat sich das Straßenbild verändert. Die neue Botschaft der USA am Pariser Platz tritt seinen Besuchern in geduckter Haltung entgegen. Die schießschartenähnlich verengten Fenster und der Zaun, der aus Hunderten Spießen besteht, künden von Abwehrbereitschaft, ängstlich und aggressiv zugleich. „Vielleicht ist auch das typisch für die sogenannten nuller Jahre“, schrieb der Architekturkritiker der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zur Eröffnung, „dass der öffentliche Raum, der einmal als Versprechen erschien, als Bedrohung wahrgenommen wird. Die oder der Fremde, einst Projektionsfläche der allerschönsten Phantasien, könnte Terrorist sein, Aids haben oder die Vogelgrippe mitbringen.“

Jedes Jahrzehnt hat seine Überschrift. Wenn die siebziger Jahre sich unter dem Banner von „Love, Peace & Happiness“ versammelten und in den Achtzigern der Schlachtruf lautete: „Ich will Spaß“, so steht über dem ablaufenden Jahrzehnt „Security first“, Sicherheit hat Vorrang.

Eine andere Folge von 9/11 ist die Rückkehr der Religion ins öffentliche Bewusstsein, aber es ist keine schöne Rückkehr. Es ist ein hysterischer Konflikt zwischen Islam und christlich geprägter, aber im Prinzip säkularer Welt.

Seitdem fanatische Islamisten die beiden Türme in New York gefällt haben, sind im Westen manche übermäßig in Sorge, die religiösen Gefühle der Muslime zu verletzen. Und viele Muslime sind schnell mit dem Vorwurf bei der Hand, ihre religiösen Gefühle seien verletzt worden.

Es gibt nun schon eine lange Liste solcher Vorfälle. Streit brach aus um dänische Karikaturen, um eine Inszenierung der Oper Idomeneo in Berlin, um eine Äußerung des Papstes zu Mohammed, um Kopftücher, um einen Gebetsraum, zuletzt um Minarette in der Schweiz.

Die Welt hat sich religiös aufgeladen, ist dabei aber nicht besinnlicher geworden. Es herrscht eine kämpferische, eine kriegerische Stimmung.

Dabei sollte es ein friedliches Jahrzehnt werden, nachdem die Balkankriege been-

det waren, aber es wurde ein Jahrzehnt des permanenten Krieges. Nach dem 11. September griffen die Amerikaner mit einigen Verbündeten erst Afghanistan an, dann den Irak. Der Irak wurde rasch besiegt, aber es folgte eine Zeit der Terroranschläge, die noch immer anhält. In Afghanistan wird bis heute vehement gekämpft. Die Taliban und al-Qaida lassen sich nicht besiegen.

Der Westen zeigt sich hilflos in diesen asymmetrischen Kriegen. Die perfekt geschulten und hochgerüsteten Soldaten der Nato können sich nicht durchsetzen gegen die Sandalenkrieger, deren stärkste Waffe selbstgebastelte Bomben sind.

Die Kriege wurden auch angefangen, um die Gesellschaften der bekriegten Länder zu verändern, zu demokratisieren. Nach acht Jahren Krieg gegen den Terror haben sich aber auch die Gesellschaften einiger Nato-Staaten verändert, nicht nur wegen der Sicherheitsmaßnahmen.

Amerika hat seine Reputation als moralische Führungsmacht im Irak verloren. Folterexzesse im Gefängnis von Abu Ghuraib, staatlich genehmigte Folter im Gefangenenlager von Guantanamo, das auch sonst aus dem Rechtssystem der USA ausgegliedert wurde, eine Lüge als Grund für den Krieg im Irak – wohl nie zuvor hat sich eine Demokratie so hässlich präsentiert wie Amerika unter dem Präsidenten George W. Bush. Aber auch Barack Obama, einst Hoffnungsträger der Welt, räumt nicht gründlich auf mit Guantanamo.

Auch nach Deutschland wirkt der Krieg in Afghanistan zurück. Das Militärische schleicht sich wieder ein in die Gesellschaft, die fast sechs Jahrzehnte lang überaus zivil war. Kein anderes Thema hat die Schlagzeilen der vergangenen Wochen so bestimmt wie der Befehl des deutschen Obersts Georg Klein, zwei entführte Tanklaster bombardieren zu lassen.

Damit hatte die Bundesrepublik Deutschland, die eine ganz besonders gute Nation sein wollte, ihre Unschuld verloren. Ein Minister, Franz Josef Jung, musste inzwischen zurücktreten, ein anderer Minister, Karl-Theodor zu Guttenberg, ist in Erklärungsnöten.

Es gibt wieder Veteranen, es gibt ein Ehrenmal der Bundeswehr, es gibt ein Ehrenkreuz für Tapferkeit, und es gibt fast täglich Nachrichten vom Krieg. Nimmt man das zusammen mit der Rückkehr der Religionen und den Sicherheitsmaßnahmen, dann hat der Krieg gegen den Terror der Bundesrepublik ein neues Gesicht gegeben. So war das nicht gedacht.

Die Finanzkrise

Zu Beginn des 3. Jahrtausends wurde plötzlich ein Mann aus dem 19. Jahrhundert aktuell. Er wurde 1818 in Trier auf den Namen Karl getauft, der Elternname war Marx. Später hat er in seinem Buch

Zentrale der Investmentbank Lehman Brothers in New York

Manager an der Wall Street

Börsenkurse des Nasdaq

MARK LENNIHAN / AP (O.); KANTER / PICTURE-ALLIANCE / DPA (L.); XINHUA / DAS FOTOARCHIV (R.)

Schauplätze, Auswirkungen der Finanzkrise: *Das verlorene Jahrzehnt ist zugleich das teuerste*

„Das Kapital“ einen Gewerkschafter zitiert: „Das Kapital hat einen Horror vor der Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital wach, zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; 100 Prozent, es stampft alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.“

So ist es gekommen. Aus Angst vor einer Depression nach den Anschlägen vom 11. September fluteten die Zentralbanken das Finanzsystem mit Liquidität, und den Finanzmanagern fiel eine Menge ein, was sie damit anstellen könnten.

Amerika war im Go-go-Spirit, jener rastlosen Stimmung, die alles Neue für gut erklärte. „Wir sind das schnellste Land der Erde“, sagt der Demokrat Chris Matthew, einst Jimmy Carters Redenschreiber und heute Fernsehstar. Wie kann ich am schnellsten am meisten Geld verdienen? Das war die große Frage der nuller Jahre.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) versuchte den skeptischen Deutschen die Angst vor dem Turbokapitalismus zu nehmen. Das neue System, das Risiken stückele und auf viele Schultern verteile, sei sicherer als das alte, heißt es in einem IWF-Bericht aus dem Jahr 2006.

Ein schrecklicher Irrtum. Vor allem auf dem amerikanischen Immobilienmarkt bildete sich eine gewaltige Blase, und die ist Mitte 2008 geplatzt. Banken purzelten wie Dominosteine, die Realwirtschaft brach ein. Am Ende dieses Jahres wird das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 4,5 Prozent geschrumpft sein, dem mit Abstand schlimmsten Wert der Bundesrepublik.

So haben die Terroristen vom 11. September mehr zerstört als zwei Türme in New York, Teile des Pentagons in Washington und Tausende Menschenleben. Als späte Folge ihrer Tat knickte der Kapitalismus ein.

Für kurze Zeit stand die Welt auf dem Kopf. Die Politiker, zuvor von den Bankern als ineffizient verachtet, mussten das internationale Finanzsystem retten. Schon wurde von einer Rückkehr der Politik geredet. Der Kapitalismus schien diskreditiert, genauso der Banker. Es gab kein Vertrauen mehr. Doch das Finanzsystem

Treffen der Staats- und Regierungschefs der G-20-Mitgliedsländer

US-Wohnsiedlung

Arbeitslose in Dublin

ERIC FEFERBERG / AFP (O.); CAMERON DAVIDSON (L.); PAUL O'DRISCOLL (R.)

der Weltgeschichte, in Friedenszeiten

schüttelte sich nur einmal und machte dann weiter. Wieder herrscht die Gier nach den ganz großen Profiten. Die Probleme haben paradoxerweise die Politiker.

Die politische Energie unserer Zeit fließt nun in die Stabilisierung der Finanzmärkte. Ohne den Staat würde die düstere Vergangenheit der dreißiger Jahre zurückkehren, mit weiterer Massenarbeitslosigkeit und womöglich mit Hungersnot.

Das Kapital wird derzeit benötigt, um die ins Stocken geratene Geldversorgung der Volkswirtschaften wieder in Gang zu bringen. Alle 24 Minuten ging im Jahr 2008 an den Aktienmärkten rechnerisch eine Milliarde Dollar verloren. Seither stützt und stabilisiert der Staat die Banken, die Autoindustrie und die Wohnungswirtschaft, wo er nur kann.

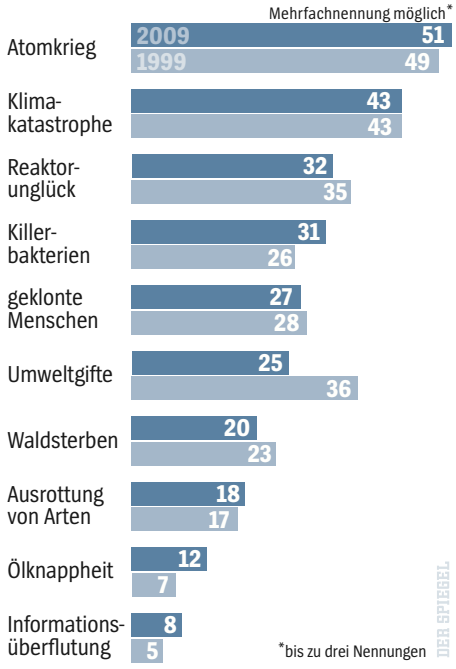
Ein derartiges Schuldenprogramm hat es nie zuvor gegeben. Das verlorene Jahrzehnt ist zugleich das teuerste Jahrzehnt der Weltgeschichte, zumindest in Friedenszeiten.

Insgesamt geben die Staaten der G 20 zu ihrer eigenen Rettung derzeit rund 1,5 Billionen Dollar aus. Die Zinszahlungen für diese Programme werden noch in hundert Jahren abbezahlt, mit einem Vielfachen

SPIEGEL-UMFRAGE
Ängste

1999 2009

„Was fürchten Sie am meisten?“



DER SPIEGEL

der Ursprungssumme. Damit fehlen Geld und Aufmerksamkeit, um andere Probleme zu lösen. Der deutsche Sozialstaat ist nicht für die Überalterung der Gesellschaft gerüstet. Was jetzt versäumt wird, weil die Politik die Krise abfedern muss, stürzt Haushalt und Sozialkassen künftig in neue Turbulenzen.

Wahrscheinlich werden dann Mahnungen von Bankern kommen, die Politik solle endlich handeln.

Diese Probleme hat vor allem der Westen, China dagegen konnte in der Krise seinen Marsch auf den Weg zur Weltmacht beschleunigen. Das Land hat Devisenreserven von über zwei Billionen Dollar, Deutschland von 180 Milliarden Dollar. Die Chinesen haben eine private Sparquote von 40 Prozent, die Amerikaner von gut 4 Prozent. So kann China die Krise gleichsam aus der Portokasse bekämpfen.

Der weltweite Zusammenbruch der Exportmärkte war der Partei- und Staatsführung ein willkommener Anlass, den aufgestauten Investitionsbedarf im Innern des Riesenreichs zu befriedigen. Längst wächst die chinesische Wirtschaft wieder – 2010 voraussichtlich um mehr als acht Prozent.

Diese ökonomische Stärke wird nun auch in politische Stärke umgemünzt. Die Folgen der Finanzkrise kann der Westen nicht allein bewältigen. Er braucht Schwellenländer wie China und Indien.

Die Regeln für die Weltfinanzmärkte werden nicht mehr allein in London, Berlin oder Washington geschrieben. Und China will nicht unbedingt Regeln, die für den Westen die Probleme lösen.

Der neue asiatische Wettbewerber, der seine Börsen in Shanghai und Hongkong zum neuen Weltfinanzzentrum ausbauen will, liebt die Spekulation. Shanghais Finanzdistrikt Pudong will die neue Wall Street werden. Die dortigen Börsen sind die wildesten, die freiesten und die riskantesten der Welt.

Die westlichen Politiker sind besorgt. Aber das westliche Kapital fühlt sich magisch angezogen. Schon seit einigen Jahren werden in China mehr Unternehmen an die Börse geführt als in den USA. Es kann gut sein, dass die nächste Finanzkrise von dort ihren Ausgang nimmt.

Paul Volcker, einst Notenbank-Chef der USA und heute Obamas Berater für den Wiederaufschwung, schüttelt den Kopf, wenn er auf das Treiben von Regierungen, Notenbanken und Finanzinvestoren schaut. Er hat dem Präsidenten vorgeschlagen, die großen Banken zu zerschlagen. Er hat dafür plädiert, Spekulation und Kreditvergabe zu trennen. Er wollte den Beruf des Bankers wieder langweilig machen.

Aber im Weißen Haus hat man seine Vorschläge abgelehnt. Volcker ist sich sicher, dass die Krise noch nicht vorbei ist, weil die Lektion nicht gelernt, vielleicht

nicht mal verstanden wurde. Die Welt will weiter verrückt sein. Das verlorene Jahrzehnt ist noch nicht zu Ende.

Die Klimakrise

Der Himmel war blau, das Meer rollte sanft gegen den Ostseestrand, als klar wurde, dass etwas nicht stimmt mit der Weltordnung. Angela Merkel plauderte mit ihren Kollegen der G 8 im Strandkorb von Heiligendamm und bezirzte den amerikanischen Präsidenten George W. Bush, dass er ein paar Zugeständnisse an den Klimaschutz mache. Nebenbei nahm sie sich das eine oder andere Stündchen Zeit, um mit den Staatschefs von Schwellenländern und afrikanischen Ländern zu reden. Die kamen zu Kurzbesuchen eingeflogen und fühlten sich hernach etwas oberflächlich abgefertigt.

Aber nach Heiligendamm war auch klar, dass der Himmel eine solche Behandlung nicht mehr zulassen würde. Das schöne Blau konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dort oben Schlimmes zusammenbraute und dass man die ärmeren Länder künftig brauchen werde, um den Klimawandel in den Griff zu bekommen.

In Heiligendamm wurde ein bisschen Weltregierung gespielt, aber noch mit den falschen Gewichten. Es dominierte der Club der Reichen, der Westen. Das war im Juni 2007. Am Ende des Jahrzehnts ist davon wenig geblieben. Die Klimakrise hat, zusammen mit der Finanzkrise, die Weltordnung dramatisch verändert.

Anfang 2007 hatte der IPCC, ein Zusammenschluss führender Klimaforscher, neue Zahlen veröffentlicht. Die Erdatmosphäre könne sich bis zum Ende des Jahrhunderts um bis zu 6,4 Grad Celsius erwärmen, mit womöglich katastrophalen Folgen. Der Bericht des IPCC aus dem Jahr 2001 hatte von 5,8 Grad gekündet. Das war nicht viel weniger katastrophal, aber niemand kümmerte sich drum.

Erst die Zahlen von 2007 versetzten manchen Politiker in eine katastrophische Stimmung. Ihnen wurde bewusst, dass der Erde fürchterliche Fluten, Stürme und Verwüstungen drohten, wenn weiter so viel Kohlendioxid in den Himmel gejagt würde. „The Day After Tomorrow“, ein Spielfilm von Roland Emmerich, lieferte die Bilder dazu: Nach einer Sintflut und Eisstürmen ist New York unbewohnbar.

In einem Punkt hatte er ähnlich gedacht wie die Terroristen vom 11. September. Wenn man den Westen tief erschüttern will, dann muss New York etwas angetan werden. Dies ist die Symbolstadt der westlichen Lebensweise, die Kapitale des Konsums. Der Gott, der dort vor allem verehrt wird, steckt in der Ware.

Nun wurde diese Lebensweise zum zweiten Mal in einem Jahrzehnt attackiert. Ihr kauft und reist euch in die Katastrophe,

Arbeiterinnen in Shenzhen

Chinas Nationaler Volkskongress

Buddhistische Mönche in Tibet

MICHAEL WOLF / LAIF (O.); XINHUA / DAS FOTOARCHIV (L.); MARK RALSTON / AFP (R.)

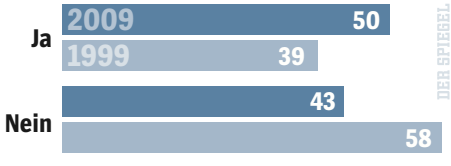
Die asiatische Weltmacht: *Während der Westen zerknirscht ist, hat sich in China ein neues*

das war die Botschaft des IPCC. Seitdem steht die Hauptantriebsfeder des westlichen Menschen unter schwerem Zweifel: das Streben nach dem noch besseren Leben, ausgedrückt im noch schnelleren Auto, in der noch größeren Wohnung, in der noch weiteren Reise, in der noch größeren Zahl von Einkaufstüten nach dem wohligen Samstagsshopping.

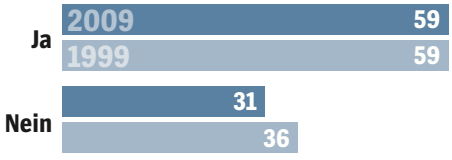
SPIEGEL-UMFRAGE
Wirtschaft

1999 2009

„Sehen Sie im weltweiten Kapitalismus eine Bedrohung?“



„Hat das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft noch eine Zukunft?“



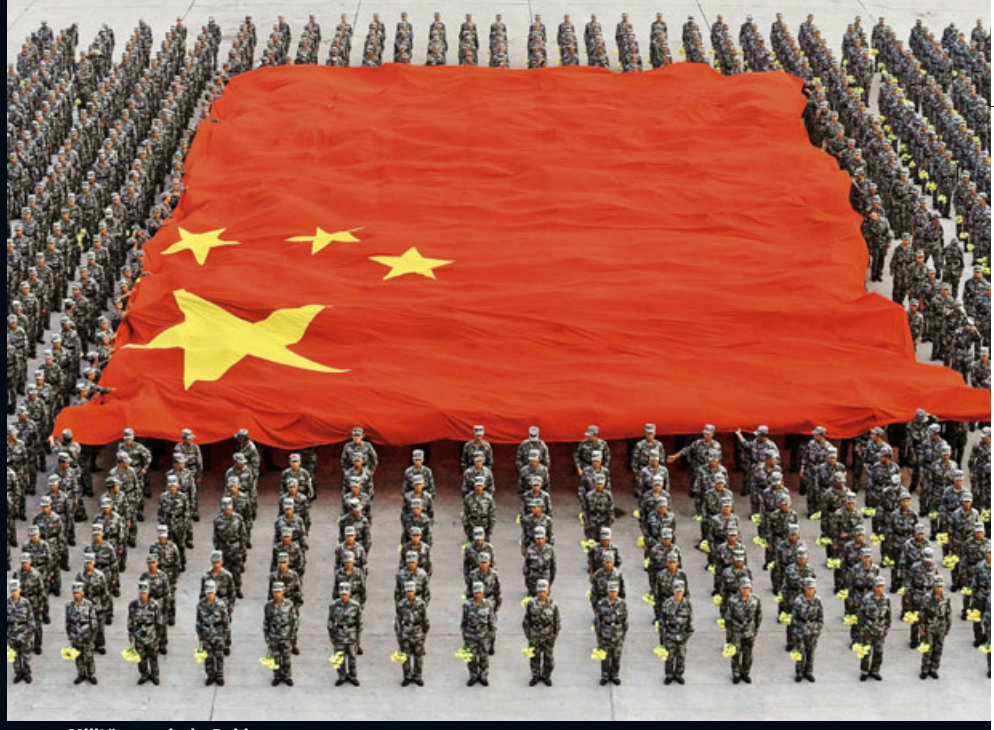
DER SPIEGEL

Ist dies noch die richtige Lebensweise? Das ist die große Frage am Ende des ersten Jahrzehnts im 21. Jahrhundert.

Die Autobranche hat das deutlich zu spüren bekommen. Das SUV, den feisten, überaus durstigen Geländewagen für die Stadt, will kaum noch einer kaufen. Das lag zunächst an den hohen Spritpreisen des Jahres 2008, nun dämmert vielen, dass das SUV nicht gerade ein Schmuckstück für die Zeiten der Klimakrise ist.

Das sind kleine Anfänge einer neuen Lebensweise. Stärker hat bislang die Klimakrise die Politik verändert. Im Frühjahr 2007 hat Angela Merkel in Brüssel ihre Kollegen aus der Europäischen Union davon überzeugt, dass strenge Klimaziele notwendig sind.

Aber die Europäer müssen nun erkennen, wie wenig ihr Beispiel zählt. Selbst ein Barack Obama, der wie kein anderer die Hoffnung auf eine bessere Welt verkörperte, ist bei diesem Thema vorsichtig. Gerade in den Vereinigten Staaten herrscht immer noch das Denken vor, dass der Klimaschutz das Leben schlechter macht, nicht besser. Es ist die



Militärparade in Peking

Fabriken in Changzhi

Olympiastadion in Peking

CHINA DAILY / REUTERS (O.); REUTERS (L.); XINHUA / ACTION PRESS (R.)

Selbstbewusstsein entwickelt

Angst vor einem niedrigeren Konsumniveau. Deshalb ist Amerika zögerlich, ist die Führungsmacht, die nicht führen will, genau wie beim Kampf gegen die Finanzkrise.

Obama starrt auf China. Weil China als größter Konkurrent wahrgenommen wird, will sich Amerika nicht mit Kosten belasten, die China einen Vorteil bringen könnten. In Peking wird genauso gedacht.

Vordergründig profitieren die Chinesen von der Klimakrise. Sie hat ihnen ein zweites Heiligendamm erspart. Sie sind jetzt immer dabei, wenn über Weltpolitik geredet wird, genauso die Inder oder die Brasilianer. Weil es keinen geteilten Himmel gibt, weil der Verkehr in Mexico City oder das veraltete Kohlekraftwerk in Indien auch ein Problem für Osnabrück oder Miami ist, werden die Regierungen der bevölkerungsreichen Länder dringend für ein Klimaschutzabkommen gebraucht.

Das ist eine völlig neue Lage. Die westlichen Länder sind abhängig von den ärmeren Teilen der Welt, nicht nur umgekehrt. Am Ende der nuller Jahre rüttelt sich die Weltpolitik neu zusammen. Die Schwellen- und Entwicklungsländer haben plötzlich eine Macht, mit der sie die anderen unter Druck setzen können. Da ist ihr Anspruch auf eine westliche Lebensweise, auf große Autos, weite Reisen und viele Einkaufstüten, und wenn sie dahin kommen, wird der Himmel vollends vergiftet sein.

Der Westen, vor allem Amerika, sagt nun: Ihr werdet am meisten verlieren, wenn die Stürme die Ernten verwüsten und die Wellen das Land überfluten. Also tut was. Die anderen sagen: Stimmt, aber dann fliehen unsere Leute zu euch, und es wird euch auch dreckig gehen. Also tut ihr was.

Die Schlaueren auf beiden Seiten sagen: Wer sich früh strenge Regeln für den Klimaschutz gibt, befeuert die Investitionen, die langfristig den Wohlstand sichern, die Autos, die Reisen, die Einkaufstüten, die das Klima wenig oder gar nicht belasten. Das ist das Denken, das die nuller Jahre der Zukunft bescheren könnten. Es ist noch nicht weit verbreitet.

Die Demokratiekrise

Das größte Fest des Jahrzehnts hat nicht alle gleichermaßen fröhlich gemacht. Schön war es sicherlich für den Schwimmer Michael Phelps, der bei den Olympischen Spielen in Peking 2008 acht Goldmedaillen gewonnen hat. Es war ebenfalls schön für die 51 chinesischen Sieger, die ihr Land erstmals an die Spitze des Medaillenspiegels gebracht haben. China präsentierte sich in Peking als Weltmacht.

Es war gar nicht schön für Teng Biao und Hu Jia. Sie hatten im September 2007 einen Brief veröffentlicht, in dem sie dazu aufriefen, die internationale Öffentlichkeit solle darauf achten, ob die Menschenrechte verbessert würden vor den Olympischen Spielen. Hu Jia wurde zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt, Teng Biao hat seine Zulassung als Anwalt verloren.

Er muss nun feststellen, dass sein Leid weltpolitisch nicht die geringste Rolle spielt. Eine ähnliche Erfahrung haben die unterdrückten Tibeter und Uiguren gemacht. Die Menschenrechtler haben protestiert, der eine oder andere Politiker auch, aber nicht nachdrücklich. China ist zu groß, zu wichtig, um nachdrücklich kritisiert zu werden.

Ein sowjetischer Dissident war für den Westen ein Held, weil er gegen das gegnerische System war. Der chinesische Dissident ist eher lästig, weil sein Leid den Westen moralisch zwar berührt, jede Hilfe aber die Geschäfte trüben könnte. Dieses Dilemma gab es auch vorher, aber es hat sich zuletzt zugespitzt. Und es wurde ein Ausdruck der Krise der Demokratie. Das westliche Politiksystem hat im vergangenen Jahrzehnt seinen Anspruch auf Weltgeltung verloren. Es ist nicht mehr gewiss, dass es sich überall durchsetzen wird. Es ist nicht einmal mehr gewiss, dass es sich ewig in den westlichen Ländern wird halten können.

Nichts hat dem Ansehen der Demokratie so geschadet wie Abu Ghuraib und Guantanamo. „Die Zeit der Belehrungen ist vorbei“, sagte der Intellektuelle Kishore Mahbubani aus Singapur 2008 in einem SPIEGEL-Gespräch. „Ich kenne viele chinesische Intellektuelle, die oft mit dem Westen über Menschenrechte diskutiert haben. Seit Guantanamo, sagen sie, sei alles leichter. Sie fragen: ‚Wo ist der Unterschied? Ihr misshandelt Menschen, wir misshandeln Menschen. Wir sind absolut gleich.‘“

Während der Westen zerknirscht ist, hat sich in Asien ein neues Selbstbewusstsein entwickelt. Die chinesische Wirtschaft ist von 2000 bis 2009 Jahr für Jahr mit Werten zwischen 8,3 und 13 Prozent gewachsen, sie hat Deutschland überholt und könnte eines Tages auch die USA überholen, den bisherigen Spitzenreiter. Dieser Aufstieg war möglich ohne Demokratie. Während des Kalten Krieges hatten Europäer, Japaner und Amerikaner gedacht, nur demokratische Staaten könnten den Massen Wohlstand sichern.

Jetzt sieht es nicht so aus, als würden die wohlhabenden Chinesen vehement nach politischer Teilhabe rufen, so wie es die

europäischen Bürger im 18. und 19. Jahrhundert getan haben. Sie gehen ihren eigenen Weg.

Dazu kommt, dass die Demokratie selbst nicht besonders gut in Schuss ist, nicht nur wegen Guantanamo. In Deutschland zum Beispiel bröckelt die Zuneigung der Bürger. Die Volksparteien schrumpfen, die Wahlbeteiligung geht zurück.

Im ersten Jahrzehnt gab es keine Politik, die irgendjemanden begeistern konnte, keinen Aufbruch, nichts, was eine positive Leidenschaft geweckt hätte. Nur 47 Prozent der Ostdeutschen sind der Meinung, dass sich die Demokratie im Großen und Ganzen bewährt habe.

Die Internet-Euphorie

Etwas hat sich verändert in unserem Leben, das ist die Botschaft dieser Plakate. Seit ein paar Wochen hängen sie deutschlandweit an Bushäuschen und Reklametafeln, sie zeigen beiläufig geknipste Fotos und jeweils einen großgedruckten Satz.

„Wir googeln die Öffnungszeiten vom Bäcker gegenüber."

„Wir telefonieren mit Mama und checken dabei Mails."

Der Mann, der diese Kampagne für eine Tageszeitung entwickelt hat, heißt Christian Schwarm. Er leitet die Werbeagentur Dorten in Stuttgart, ist 37 Jahre alt und der lebende Beweis seiner Plakatbotschaft.

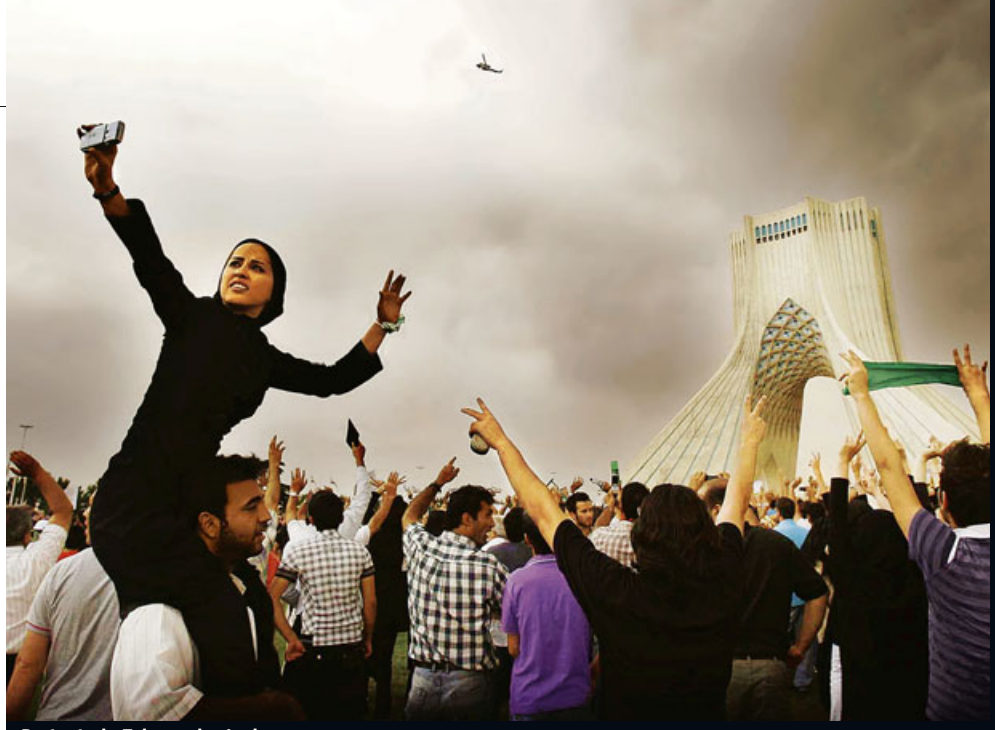
Wenn er nicht gerade an Meetings teilnimmt, sitzt Schwarm vorm Computer und ist online. Alle paar Minuten bekommt er E-Mails, die er meistens gleich beantwortet. Verlässt er das Büro, hat er sein iPhone dabei. Er liest im Internet die Nachrichten, guckt Videos auf YouTube und checkt regelmäßig die Neuigkeiten in seinen Social Networks. Auf Xing hat Schwarm 320 Freunde, auf Facebook sind es noch nicht so viele, „erst 120", sagt er, es werden wohl noch mehr. Schwarm hat sein Leben so sehr mit dem Internet verschränkt, dass er sich ein Offline-Dasein nicht mehr vorstellen kann.

„Das ganze Internet auf dem Handy ist die pure Propaganda", schrieb die „Süddeutsche Zeitung" noch 1999, das seien „unerfüllbare Erwartungen". Heute boomt der Verkauf internetfähiger Handys.

In Deutschland sind inzwischen zwei Drittel der Menschen online, vor zehn Jahren war es nur jeder achte. Google, die größte Suchmaschine des Netzes, benutzen wir so selbstverständlich, dass wir die Tätigkeit danach benannt haben: „Googeln" steht seit 2004 im Duden. Weltweit ist die Zahl der Internetnutzer auf etwa 1,7 Milliarden gestiegen.

In seinem Buch „The Big Switch: Der große Wandel" vergleicht der IT-Analytiker Nicholas Carr das Internet mit dem Stromnetz: „Was vor einem Jahrhundert auf dem Gebiet der Produktion von Energie geschah, das geschieht jetzt auf dem Gebiet der Produktion von Information", schreibt Carr. „Was ist denn ein Unternehmen wie Google anderes als ein gigantisches Informationskraftwerk?"

Das Internet hat uns mit den entlegensten Winkeln der Erde vernetzt, wir können chatten mit Menschen in Tokio, Sydney und Rio, wir können zugucken, wie jemand in Minneapolis sein Auto wäscht. In den sozialen Netzwerken des Web 2.0 gibt es alles zu sehen, wir sind jetzt Augenzeugen für die ganze Welt, und wir sehen viel Banales, aber nicht nur.



Proteste in Teheran im Juni

Internet-Café in Hamburg

Finnischer Amokläufer auf YouTube

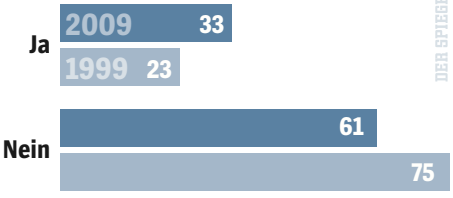
BERTHOLD STEINHILBER / BILDERBERG (U. L.); YOUTUBE / DPA (U. R.)

Weltweites Internet: *In den sozialen Netzwerken des Web 2.0 gibt es alles zu sehen, wir sind*

SPIEGEL-UMFRAGE
Internet

1999 2009

„Werden in Zukunft Online-Informationen aus dem Internet die Tageszeitungen verdrängen?"

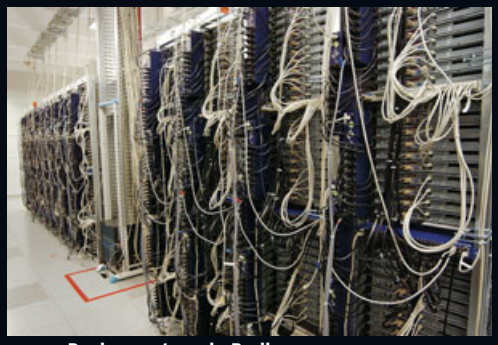


In Iran hat sich nach der Wahl in diesem Jahr die Opposition über das Web 2.0 nicht nur organisiert, sondern auch für die Weltöffentlichkeit sichtbar gemacht. Im US-Präsidentschaftswahlkampf hatte mit Barack Obama erstmals ein Bewerber einen Großteil seiner Unterstützer und Spender über das Internet gewonnen.

Aber was bedeutet das, für die Politik und für die Gesellschaft? Kann ein interaktives Medium ein Gemeinwesen beleben? Die Hoffnung zu Beginn des Jahrtausends war, dass das Internet mit seiner Transparenz und Vernetzung auch die Demokratie stärkt. Iran, Obama, das sind die Chancen des Netzes. Aber in beiden Fällen war das Internet bloß eine Plattform, auf der sich die Wut über ein totalitäres Regime entlud und die Begeisterung über einen charismatischen Politiker. In Deutschland, wo beides fehlt, hat das Internet bisher nichts an der Politikverdrossenheit der Bürger ändern können. Stattdessen zeigen sich die Nachteile, die das dauernde Netzrauschen mit sich bringt.

Das größte Problem des Internets ist die Kehrseite seines größten Vorteils: das Überangebot von Informationen. Wenn Wissen ständig verfügbar ist, dann wollen

Computerspielnutzer in China



Rechenzentrum in Berlin

Facebook-Seite von US-Präsident Obama

REUTERS (O.); ECOPIX / ULLSTEIN BILD (L.)

jetzt Augenzeugen für die ganze Welt

wir es auch ständig haben. Jede News, jede Mail verlangt Aufmerksamkeit, ein Innehalten gibt es nicht mehr, die Nervosität wächst.

In den nuller Jahren haben wir das Internet in unseren Alltag gelassen, aber noch wissen wir nicht, wie wir damit umgehen sollen. Die Informationsflut überfordert uns. Die Anonymität in vielen Foren verleitet zu übelsten Beschimpfungen. Und keiner weiß genau, was mit den Daten passiert, die wir im Netz hinterlassen, mit jeder Mail und jedem Einkauf.

Im besten Fall kann das Internet eine Weltöffentlichkeit herstellen, ein Fundament für die politischen Entscheidungen in einer Welt, die globales Regieren braucht.

Die Rückkehr der Geschichte

Kürzlich hat sich Kishore Mahbubani wieder zu Wort gemeldet, der Intellektuelle aus Singapur. In der „New York Times“ schrieb er einen Essay unter der Überschrift „Das Ende von wessen Geschichte?“ Gewohnt selbstbewusst, wenn nicht triumphal setzt er sich mit Fukuyamas These auseinander. Die Geschichte, schreibt er, sei zurückgekehrt, zur Freude der Asiaten. „Die einzige Frage ist: Wird der Westen sie bei dieser Freude begleiten, oder wird er weiterhin auf das Ende warten?“

Der Westen habe Fukuyama so verstanden, dass das westliche Modell künftig die Welt beherrschen würde. Mahbubani nennt das die „westliche Hybris“. Es sei jedoch anders gekommen. „Eine Voraussage, die ich getrost machen kann, ist, dass sich der westliche Fußabdruck in der Welt, der im 19. und 20. Jahrhundert überdimensioniert war, deutlich verkleinern wird.“

Ist das wirklich die Lehre vom Beginn des 21. Jahrhunderts, dass der Westen an Bedeutung verliert? Die nuller Jahre bestätigen das. Die westliche Lebensweise geriet gleich von zwei Seiten unter Druck, vom Islam und vom Klimawandel. In Guantanamo haben die USA die eigenen Grundprinzipien verraten. Die Angst vor Attentaten frisst an der inneren Liberalität, der freie Markt hat sich im irren Tun vieler Akteure des Finanzsystems pervertiert. Und vielen Bürgern ist die Demokratie nicht mehr so viel wert, dass sie an ein oder zwei Sonntagen im Jahr zur Wahl gehen. Das ist eine äußerst traurige Bilanz.

Sie schlägt sich nieder in der wachsenden Bedeutung eines autoritären Staats wie China. Die G 8 haben als Instrument der Weltlenkung ausgedient, nun regieren die G 20, wo China einer der stärksten Akteure ist. Das alles spricht für Mahbubanis Thesen.

Aber es spricht auch manches dagegen. Neben vielen Schwächen hat der Westen in den nuller Jahren erstaunliche Stärken an den Tag gelegt.

Das iPhone, Google oder YouTube konnten nur Leute erfinden, die an eine freie Kommunikation glauben, die es für sinnvoll halten, dass jeder alles wissen kann und jeder der Welt seine Meinung kundtun darf. Das heißt, die wichtigsten Erfindungen der vergangenen Jahre tragen eine zutiefst westliche Idee in sich, und sie tragen diese Idee in die Welt.

Die ersten Länder, die den Klimaschutz ernst genommen haben, waren die Mitgliedstaaten der Europäischen Union, auch sie zu spät, aber immerhin: Sie sind Vorreiter geworden. Das heißt, dass ein wesentlicher Teil der westlichen Welt die Kraft zur Einsicht und zur Korrektur hat.

Dahinter steckt auch die Erkenntnis, dass Klimaschutz, der zunächst wie ein Hemmnis für die ökonomische Entwicklung wirkt, in Wahrheit den Wohlstand der kommenden Jahrzehnte sichert. Wenn der Westen seinen Findungsgeist in erneuerbare Energien und andere grüne Technologien steckt, wird er seine Wirtschaftskraft erhalten.

Das erste Jahrzehnt hat gezeigt, dass die Welt zusammenwächst, dass die Abhängigkeiten zunehmen, aber dass die politischen Strukturen dafür fehlen. Es gibt keinen wirksamen Mechanismus, der den Frieden erhält. Es gibt keine gemeinsame Finanzaufsicht. Es gibt kein weltumspannendes Regierungsgremium, das sich permanent um Klimaschutz kümmert. Die G 20 sind erst ein Anfang.

Die Europäische Union wird oft verspottet, weil sie sich so langsam und so umständlich vereint und so bürokratisch organisiert. Aber immerhin entsteht hier allmählich eine politische Gemeinschaft von Staaten. Europa kann ein Vorbild werden für die Welt. Deshalb ist die Lage am Ende des ersten Jahrzehnts düster, aber nicht hoffnungslos. Der Westen hat viel falsch gemacht, aber gleichzeitig ein paar Signale der Hoffnung gesetzt.

Jetzt kommt es darauf an, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Der Westen ist immer stark, wenn er sich selbst treu bleibt, seinem christlich geprägten Menschenbild und der Demokratie. Das erste Jahrzehnt ist ein verlorenes, weil es ein Jahrzehnt der Exzesse, der Übertreibungen und Überreaktionen war.

Wenn der Westen ein gutes Maß findet, wird er bei der Rückkehr der Geschichte, beim Suchen nach einer globalen Regierungsstruktur, wieder eine führende Rolle spielen können.

DIRK KURBJUWEIT, GABOR STEINGART, MERLIND THEILE